Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 174 — Mittwoch, 13. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vor einem SA.-Verbot der Reichsregierung

Eindringliche Warnung der Rechtspresse

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. April. Das Verbot der SA. ist, wie wir hören, seit der vergangenen Nacht im Grunde bereits beschlossene Sache. Reichsinnenminister Groener hat am Dienstagabend eine zweistündige Unterredung mit dem Reichspräsidenten gehabt, in der Hindenburg grundsätzlich seine Zustimmung gegeben haben soll. Das Reichskabinett, das sich bereits gestern mit dieser Frage befaßte, setzte am Mittwochvormittag seine Beratungen fort. Der Reichskanzler hat seine Abreise nach Genf auf Donnerstag abend verschoben und seine für Mittwoch mittag dem Kongreß der Freien Gewerkschaften versprochene Rede abgesagt mit dem Hinweis, daß er im Kabinett unabkömmlich sei. In der Regierungspresse sind die Meinungen durchaus nicht einheitlich für ein Verbot der SA. gewesen. Da aber diese Frage an die Existenz des Kabinettes rührt — es verlautet, daß die Bayrische Volkspartei dem Kabinett mit einer Entziehung ihrer Reichstagsstimmen gedroht hat, die zu dessen Sturz führen könnte — hat Groener trotz zum Teil sehr scharfer Bedenken seiner engsten Mitarbeiter, das SA.-Verbot zu seiner eigenen Sache gemacht.

Nachdem nun die Angelegenheit grundsätzlich beschlossen war, handelt es sich jetzt nur noch darum, über den einzuschlagenden Weg Klarheit zu schaffen. Im Reichspräsidentenpalais sollen

Entwürfe entsprechender Notverordnungen bereits vorliegen,

die in einer für Mittwochnachmittag im Reichsinnenministerium anberaumten Länderkonferenz besprochen werden sollen. An dieser Länderkonferenz, zu der die Einladungen außerordentlich spät herausgegangen sind, wird kein Mitglied der sächsischen Regierung teilnehmen. Als Wortführer Sachsens ist von der Dresdner Regierung Sachsens Vertreter beim Reich, Ministerialdirektor Graf Holtzendorff, bestimmt worden. Ueber die Instruktionen des sächsischen Vertreters ist nichts bekannt, da die Angelegenheit mit strengster Vertraulichkeit behandelt wird. Voraussichtlich wird das SA.-Verbot über eine Notverordnung der Reichsregierung kommen und nicht, wie von einer Anzahl von Länderregierungen, besonders von Bayern, gewünscht, in die Hände der Länderregierungen gelegt werden. Mit einer Entscheidung wird für Mittwochabend gerechnet.

Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, traf am Mittwochmorgen in Berlin ein, um zur Verhinderung des SA.-Verbots alle Hebel in Bewegung zu setzen. In der Tat ist es inzwischen in den Kreisen um Groener auch zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen darüber gekommen. Man hält es jedoch in politischen Kreisen nicht mehr für möglich, daß das SA.-Verbot doch noch in letzter Stunde verhindert wird.

•

Selbstverständlich kann man in nationalen Kreisen, auch in sehr gemäßigten Kreisen, derartige Absichten der Reichsregierung nicht verstehen, und die Berliner Rechtspresse nimmt die Gelegenheit wahr, um in letzter Stunde zu warnen; sie legt dar,

daß ein solches Verbot geeignet sein würde, die Unruhe im Lande nur noch zu steigern.

Die „Berliner Börsenzeitung" erklärt, sie würde ein solches Verbot für einen außerordentlich schweren Mißgriff halten. Wenn Groener des Glaubens sein sollte, daß er für eine derartige Maßnahme irgendwo auf der Rechten Verständnis finden würde, so dürfte er sich durchaus im Irrtum befinden. Vielmehr würde ein einseitig den Interessen der Linken dienendes Verbot mit Sicherheit sogar zu einer tiefgehenden Entfremdung zwischen dem Minister und denjenigen Kreisen der Rechten und Mitte führen müssen, die dem Minister bisher immer noch mehr Sympathien entgegenbrachten als anderen Mitgliedern des Kabinetts Brüning. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt,

daß sich vielleicht über ein Verbot aller Wehrverbände würde reden lassen, daß aber ein einseitiges SA.-Verbot zehn Tage vor der Preußenwahl und drei Tage nach der Hindenburgwahl eine nicht ungefährliche Beunruhigung hervorrufen müsse,

also die entgegengesetzte Wirkung auslöse, die Herr Severing vielleicht erwarte. Den Reichsinnenminister und vielleicht sogar den Reichspräsidenten zu einem solchen Vorgehen zu veranlassen, wäre für weite Kreise, die Hitler und seiner SA. sehr fernstehen, ein Beweis für die Auffassung, daß von der Linken die Wahl des Feldmarschalls als Signal betrachtet werde, nunmehr, beginnend mit den Nationalsozialisten, die politische Rechte niederzuknüppeln. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: „Ein einseitiges Verbot der SA. muß bei Millionen von Menschen, die am Sonntag ihre Stimme für Hindenburg gegeben haben, den Eindruck erwecken, daß nunmehr umgehend ein Akt der kalten Rache an den Unterlegenen vollzogen werden soll. **Damit würde von derselben Reichsregierung, die der Reichs**präsident gerade erst in ihrem Amte bestätigt hat, ein moralischer Wechsel auf Hindenburg gezogen, würde sein Ansehen und seine Person mit einer Handlung belastet, in der eine große Zahl seiner Wähler nur den Ausfluß einer einseitigen Linkspolitik, den Versuch einer Hilfsstellung für die auf angesägten Stühlen wackelnden Neupreußen sehen könnte."

Neben diesen sehr beachtlichen Aeußerungen des erwähnten, dem Reichsernährungsminister Schiele bekanntlich nicht ganz fernstehenden agrarischen Blattes verdient auch ein Artikel der linksliberalen „Kölnischen Zeitung", die nationalsozialistischer Sympathien gewiß unverdächtig ist, starkes Interesse. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Es geht hier nicht einfach darum, eine Organisation aufzulösen. Es handelt sich hier auch um das staatspolitische Problem,

ob Hunderttausende von jungen Leuten, die — zum größten Teil arbeitslos — in den SA.-Formationen eine Existenzgrundlage gefunden haben, der Anarchie preisgegeben werden sollen.

Verschließt sich der Staat dieser Tatsache und schickt er seine Polizeiorgane aus, um die Stürme der SA. auseinanderzutreiben, so werden hierdurch sicherlich in einem unter dem schwersten wirtschaftlichen und vor allem seelischen Druck leidenden Volk noch künstlich Revolutionäre geschaffen. Man möge sich nicht darüber täuschen, daß mit der Zerschlagung äußerer Organisationsformen ein im täglichen Zusammensein gefestigter Zusammenhalt noch nicht zerrissen wird. Ueberall werden kleine Gruppen der auseinandergetriebenen SA.-Männer wieder auftauchen. Es wird ein Wettbewerb an legalen Umgehungsversuchen des SA.-Verbots einsetzen. Das Prestige der Urheber des Verbots erfordert dann den Einsatz der ganzen Staatsgewalt zur Verhinderung solcher Versuche, und die Mittel dieses Einsatzes werden sich zwangsläufig in eine Reihe mit den Methoden Metternichscher Regierungskunst stellen dürfen."

Eine Erklärung Hitlers

London, 13. April. In einer Unterredung mit dem Berliner Mitarbeiter des „Daily Expreß" sagte Hitler: „Wenn die Regierung meine SA auflösen sollte, dann würde sie mich der Verantwortlichkeit für dieselbe entheben. Ich würde dann diese 400 000 Mann nicht mehr wie bisher unter meiner Kontrolle haben und könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun werden. — Lassen Sie ruhig die Auflösung der Organisation erklären. Sie können meinen Leuten nicht die Köpfe abschneiden. Solange sie aber Herzen und Köpfe haben, werden sie mir ergeben sein."

19 Landeswahlvorschläge in Preußen

Berlin, 13. April. Unter dem Vorsitz des Landeswahlleiters Dr. Saenger tagte am Mittwoch der preußische Landeswahlausschuß zur Feststellung der Landeswahlvorschläge für die preußische Landtagswahl. Insgesamt waren 20 Landeswahlvorschläge eingegangen, von denen nur einer zurückgewiesen wurde, weil er den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprach, nämlich der Vorschlag einer Deutschen Steuerzahlerschutzpartei. 19 Landeswahlvorschläge wurden amtlich zugelassen, und zwar in folgender Reihenfolge: 1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Deutschnationale Volkspartei, 3. Preußische Zentrumspartei, 4. Kommunistische Partei Deutschlands, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationale Front Deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolk und Junge Rechte), 7. Deutsche Staatspartei, 8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 9. Deutsch-Hannoversche Partei, 10. Christlich-sozialer Volksdienst, 11. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, 12. ein Wahlvorschlag mit der Bezeichnung „Höchstgehalt der Beamten 5000 Mark; für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten", 13. „Radikale Partei" (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand), früher „Radikale Deutsche Staatspartei", 14. Nationale Minderheiten in Deutschland, 15. Partei der Erwerbslosen „für Arbeit und Brot", 16. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft (Idealistische Bewegung Deutschlands), 17. Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung), 18. Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten, 19. Menschheitspartei.

Grandis große Abrüstungsrede in Genf

Deutliche Antwort an Tardieu

Genf, 13. April. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wandte sich heute Außenminister Grandi gegen die gestrigen Ausführungen Tardieus und erklärte,

Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staates entscheidend seien. Italien fordere progressive Abschaffung der schweren Artillerie, angefangen mit den großen Kalibern; ferner Abschaffung der Tanks.

Jeder Staat müsse vom Beginn des Inkrafttretens der Abrüstungskonferenz an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner Linienschiffe, Flugzeugträger und U-Boote zerstören. Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Kriege dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß diese qualitative Abrüstung nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Er erklärte ausdrücklich, das Ziel der Abrüstungsgrenzen sei die Herabsetzung der Rüstungen und nicht die Begrenzung der Rüstungen.

Grandi wies weiter auf die Erfahrungen des Weltkrieges hin, die dazu geführt hätten, im Artikel 8 des Versailler Vertrages die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ohne Unterschied für die unterlegenen Staaten anzuordnen. Diese Bestimmungen der Friedensverträge habe Italien im Auge, wenn es jetzt die allgemeine Ausdehnung des Verbotes fordere.

„Wir haben", so erklärte Grandi, „mit unserem Vorschlag der Tatsache Rechnung getragen, daß praktisch schon ein Abkommen existiert, das genau die Waffen bezeichnet, die besonderen Angriffscharakter haben." Grandi wandte sich wiederholt gegen die gestrigen Argumente Tardieus und erregte die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung, als er darauf hinwies, daß die französische Regierung selbst in ihrem Memorandum vom 5. Februar die Rüstungsgattungen angegeben habe, die hierfür in Frage kommen. Grandi äußerte sich auch zu der von Frankreich immer wieder angezogenen Theorie von der industriellen Kriegsbereitschaft. Wenn man einen Staat seiner militärischen Offensivrüstungen beraube, so nehme man diesem Staat, selbst wenn er gegenüber seinem Nachbarn über ein größeres oder geringeres „Potentiel de Guerre" verfüge, die entscheidende Basis für einen Angriff. In außerordentlich eindrucksvoller Weise wies Grandi weiter den Einwand Tardieus zurück, daß das Verbot der Herstellung solcher Waffen durch geheime Fabrikation leicht umgangen werden könne. **Er faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsfähigkeit der Staaten und ihre Sicherheit verstärkt, den Angriff erschwert, günstigere Bedingungen für die Wirksamkeit des Völkerbundspaktes und des Kelloggpaktes schafft und bessere Bedingungen herstellt, um zu einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau zu kommen.**

Die Rede des italienischen Vertreters wurde von der Versammlung mit außergewöhnlich starkem Beifall aufgenommen.

„Graf Zeppelin" gelandet

Friedrichshafen, 13. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien, von seiner zweiten Südamerikafahrt zurückkehrend, um 8,11 Uhr über dem Werftgelände. Um 8,22 Uhr war die Landung glatt vollzogen.

Hugenbergs Aufruf zur Preußenwahl

Berlin, 13. April. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg erläßt zur Preußenwahl folgenden Aufruf: „Der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl hat das erwartete Ergebnis gehabt. Er hat gegenüber dem ersten Wahlgange keine wesentliche Veränderung erbracht. Wenn die Linke triumphiert, so nur zur Wahrung ihres Gesichtes. Diese ganze Reichspräsidentenwahl war ein verzweifeltes Manöver der schwarz-roten Koalition, aufgebaut auf der Einbildung, ihrem wankenden Parteiregiment unter der Maske einer Persönlichkeitswahl eine Stütze schaffen zu können.

Die gegen die Rechte erfolgte Wahl des kaiserlichen Generalfeldmarschalls durch die Linke wird sich als die Erklärung des Bankrotts der schwarz-roten Koalition erweisen.

Dafür werden bei den Preußenwahlen insbesondere diejenigen Wähler Hindenburgs sorgen, die ihn deshalb gewählt haben, weil sie, obwohl eingeschworene Gegner des schwarz-roten Systems, die Reichspräsidentschaft Hitlers nicht wollten. Sie alle — und es sind Millionen — werden den Ausweg aus dem inneren Konflikt, in dem sie gestanden haben, nur dadurch finden, daß sie bei der Preußenwahl deutschnational wählen, das heißt eine Partei, die den Ernst ihres nationalen Kampfes gegen das System durch die Tat erwiesen hat und dennoch nicht nationalsozialistisch ist und sein will. Preußen, den alten Hohenzollernstaat, jetzt das letzte Bollwerk des 9. November, gilt es dem System zu entreißen. Durch die unerhörte Schiebung mit der Geschäftsordnung

SLUB
Wir führen Wissen.